

In Russland regt sich Widerstand gegen die Mobilisierung. Wer kann, verlässt das Land, etwa gen Istanbul. Dort helfen bereits im Frühjahr geflohene Russ*innen, sich in der Emigration zurechtzufinden.

Putin geht an seine Reserven

Moskaus Einberufungsbefehle treffen im Land auf wenig Begeisterung

Vor einer Woche begann eine neue Etappe in Moskaus Krieg gegen die Ukraine. Bislang schickte Putin Vertragssoldaten oder bezahlte Söldner. Nun geht er an die Reserven.

RENÉ HEILIG

»Heute wurde Ihnen eine Vorladung zugeschickt... Morgen um 10 Uhr müssen Sie sich melden«, sagte der Anrufer. Der Angerufene widersprach. Natürlich habe er kein Problem damit, das Vaterland zu verteidigen, doch müsse er erst einmal sehen, »was in Bezug auf mich machbar ist«. Das werde er »auf einer anderen Ebene regeln«. Es heißt, das Telefongespräch zwischen dem mutmaßlichen Rekrutierungsbeamten und Nikolai Peskow, dem Sohn des Kremlsprechers, sei ein »Scherz« gewesen. Klar ist, dass der Anrufer – er heißt Dmitri Nisowzew und steht als Blogger dem eingesperrten Oppositionspolitiker Alexej Nawalny nahe – anderes im Sinn hatte.

Das im Internet nachhörbare Gespräch verriet so einiges über die Art und Weise, wie die vom Präsidenten angeordnete Teilmobilisierung läuft. Wer wohlhabend ist und über Beziehungen verfügt, nimmt seine Pflicht zum Schutz von »Mütterchen Russland« nicht so ernst. Dennoch sind westliche Berichte über Massenfluchten wehrfähiger Männer übertrieben. Das russische Verteidigungsministerium versichert, trotz Teilmobilisierung seien »Einschränkungen der Freizügigkeit von Bürgern nicht vorgesehen«.

Noch gibt es in Moskau offenbar keine Absicht, Grenzen zu schließen. Das ist in Richtung Westen auch unnötig. Lettland, Litauen, Estland und Polen haben selbst ihre Grenzen für Russen dicht gemacht. Finnland wird in den kommenden Tagen über Restriktionen entscheiden, sagte Außenminister Pekka Haavisto. In sein Land reisten zuletzt 80 Prozent mehr Russen ein als eine Woche zuvor. Auch das kasachische Innenministerium meldet eine Zunahme der legalen Grenzübertreite. Wer die Grenze illegal überschreitet, wie jüngst drei junge Russen in der Region Kostanay, muss mit harten Geldstrafen von bis zu 200 000 Rubel (3500 Euro) rechnen. An der russisch-georgischen Grenze in Nordos-

setien wird demnächst ein Rekrutierungsbüro eröffnet. Der »Wink mit dem Zaunpfahl«, am Dienstag verbreitet von der amtlichen Nachrichtenagentur Tass, wird gewiss richtig verstanden.

Generell würden viele Falschmeldungen über den Verlauf der Teilmobilisierung verbreitet, behauptet Putins Sprecher, Dimitri Peskow. Als ein Journalist ungewöhnlich »dreist« fragte, ob auch schon Mitarbeiter aus der Verwaltung des Staatsoberhauptes mobil gemacht wurde, bekam er von Peskow sen. zu hören, dass dies erstens »eine persönliche Angelegenheit« sei und zweitens kämen Vorladungen ja nicht am Arbeitsplatz an. Gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax schloss Putins Sprecher jedoch nicht aus, dass es Zwangsmaßnahmen und Gewalt bei der Rekrutierung von Reservisten gegeben habe. Da sei eindeutig »gegen das Dekret verstoßen worden«.

.....
Man versucht, den Anschein von Normalität aufrechtzuerhalten. Doch nun kommt der Krieg, der weiterhin »Spezialoperation« genannt werden muss, in vielen Familien an.

Putins Mobilisierungsdekret ist jetzt eine Woche alt. Obwohl zurückhaltend, so vermelden russische Medien dennoch Proteste. Unter anderem in der Kaukasusregion Dagestan habe es Zusammenstöße gegeben. Dort lebt jeder Zweite unter der offiziellen Armutsgrenze. Gerade einmal vier Prozent der Bevölkerung sind ethnische Russen. Auch anderenorts sehen Angehörige nicht-russischer Völker, oft Muslime, nicht ein, warum sie für Moskaus Interessen in der Ukraine sterben sollen.

Öffentliche Proteste werden zumeist rasch erstickt. Dabei wirkt die auch im russischen Fernsehen gezeigte Begleitung von Eingezogenen durch Ehefrauen, Freundinnen und Kinder oft genug wie eine Demonstration des Unmutes. In anderen Regionen wurde der Verkauf von Alkohol im nahen Umkreis von Rekrutierungsbüros und Kasernen verboten.

Eine Arche für Kriegsgegner

Die Organisation Kowtscheg hilft in Istanbul Russen, die vor der Mobilisierung aus ihrer Heimat flüchten

Putins Mobilisierung treibt die Männer in Scharen aus dem Land. In der Türkei werden sie bei der Organisation des Lebens in der Emigration unterstützt.

EMIL HERRMANN, ISTANBUL

Istanbul zeigt sich an diesem Samstag von seiner besten Seite. Im warmen Sonnenschein flanieren Einheimische und Touristen durch die lebhaften Gassen der Stadt. Doch der Schein der Normalität trägt. Seitdem Russlands Präsident Wladimir Putin die Teilmobilisierung angeordnet hat, verlassen viele Russen fluchtartig das Land. Wie schon zu Beginn des Krieges in der Ukraine zieht es viele nach Istanbul.

Dort kümmert sich Eva Rapoport von »Kowtscheg« (Arche) um die Neuankömmlinge. Gemeinsam mit anderen Russen, die alle frisch angekommen waren, gründete sie

im März die Istanbuler Zweigstelle der Organisation aus Jerewan. »Wir mussten etwas unternehmen. Nachdem der Krieg in der Ukraine begann, konnten wir nicht einfach so weitermachen, als wäre nichts passiert«, sagt die Freiwillige im Gespräch mit »nd«. Nach dem Prinzip »Von Russen für Russen« kümmert sich die Organisation mit einer Vielzahl von Angeboten um die Migrant*innen. Die Leistungen reichen von kostenlosen Unterküften und Sprachkursen über psychologische Hilfe bis hin zu nützlichen Informationen zur Migration.

Die Hilfe von »Kowtscheg« ist in diesen Tagen so gefragt, wie seit März nicht mehr. Während des Gesprächs erhält Rapoport immer wieder Nachrichten von Neuankömmlingen und Hilfesuchenden, die Russland verlassen wollen. Über Telegram vermittelt sie und ihre Kol-



Einberufung in Irkutsk. Wenn Mütterchen Russland ruft, muss die Liebste warten. Aber nicht jeder will für den Kreml in den Krieg.

Aus guten Gründen, wie Twitter-Nachrichten zeigen. Zu Wochenbeginn bestätigte der Gouverneur der Region Irkutsk, Igor Kobzew, dass ein Rekrutierer in Ust-Ilimsk im Krankenhaus um sein Leben ringt. Grund: Ein junger Mann habe im Registrierungsbüro aus Frust über die Einberufung eines Freundes eine Schießerei begonnen.

Laut Verteidigungsminister Sergei Schoigu, der vor wenigen Tagen seinen Stellvertreter Dmitri Bulgakow durch eine auch an ihn als Warnung gerichtete Abberufung verloren hat, werden aktuell bis zu 300 000 Reservisten eingezogen. Theoretisch sind das etwa 1,1 Prozent der gesamten Mobilisierungsressourcen, heißt es aus Schoigus Ministerium. Vorerst betroffen seien Reservisten der ersten Kategorie, das heißt Soldaten, Unteroffi-

ziere und Leute mit Fähnrich-Dienstgrad unter 35 Jahren sowie Offiziere unter 50 Jahren. Nach dem Ausscheiden aus der Armee haben sie einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet und werden regelmäßig zu Auffrischungsübungen gezogen. Das geschehe auch jetzt vor dem unmittelbaren Einsatz. Besoldet werden sie wie normale Zeitsoldaten. Beschäftigte aus dem Verteidigungsbereich bleiben verschont. So wie jene, die aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend nicht wehrfähig sind, nahe Verwandte pflegen müssen, mindestens vier Kinder unter 16 Jahren haben, alleinerziehend oder gewählte Mitglieder der Staatsduma sind.

Insgesamt scheint man in Moskau nun bemüht, dass die Teilmobilisierung nach Recht und Gesetz ausgeführt wird. Man versucht,

den Anschein von Normalität aufrechtzuerhalten. Doch nun kommt der Krieg, der weiterhin »Spezialoperation« genannt werden muss, in vielen Familien an. Viele befürchten, dass der im Sinne Moskaus positive Ausgang der Einverleibungsabstimmungen in vier eroberten ukrainischen Regionen ein qualitativ neues Konfliktpotenzial erzeugt. Denn eine ukrainische Offensive gegen so ein von Moskau reklamiertes Gebiet käme dann einem Angriff auf Russland gleich. Der Vizechef des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, erklärte am Dienstag, sein Land habe »das Recht, bei Bedarf Atomwaffen einzusetzen«. Wer sich Moskaus aktuelle Nukleardoktrin anschaut, weiß, dass dieser »Bedarf« bereits durch einen konventionellen Angriff von außen entstehen kann.

zeigten damit, dass sie mit dem Regime und dem Krieg nichts zu tun haben wollen. Für die jetzigen Neuankömmlinge geht es nun nicht mehr um eine politische Einstellung. Es geht um Leben und Tod.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Rapoport auch die Reaktion einiger westlicher Staaten. »Finnland und andere Länder schließen jetzt die Grenzen zu Russland. Das ist unangebracht und schrecklich.« Diesen Menschen zu helfen ist für sie eine humanitäre Angelegenheit.

Wer es aus Russland rausgeschafft hat, steht vor einem Berg von Herausforderungen. Der Umzug in ein neues Land ist immer schwieriger. Für Menschen, die keine Auslandserfahrung haben und keine Fremdsprachen sprechen, ist es noch schwerer. Im Gegensatz zu den meist gut gebildeten und kosmopolitischen Migrant*innen der Ausreisewelle

im Frühjahr trifft dies nun auf viele Neuankömmlinge zu. Auch der Umstand, dass sie im Ausland nicht mit ihren Karten bezahlen oder Geld abheben können, macht es schwieriger. An dieser Stelle treffen westliche Sanktionen die Falschen, meint Rapoport.

In Russland zeigt sich unterdessen, dass die Teilmobilisierung mancherorts völlig wahllos abläuft. Auch ältere Männer mit mehreren Kindern und Menschen mit Einschränkungen erhalten Post von der Armee. So bekommt die breite russische Bevölkerung den Krieg nun viel deutlicher zu spüren als bisher. Vielerorts, wie in der Kaukasus-Republik Dagestan, stößt das Handeln der Regierung auf Ablehnung.

So hat der Schrecken der Mobilisierung für Rapoport auch eine gute Seite. »Vielleicht kommen wir so dem Ende Putins näher,« so ihre vorsichtige Vermutung.